

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Anschubfinanzierung für Dorfladenprogramm

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, in Anbetracht der Schließung von Schlecker-Filialen und zur Erhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum ein Programm zur Anschubfinanzierung zur Einrichtung von Dorfläden in Thüringen aufzulegen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Ermöglichung des Dorfladenprogramms Finanzierungsmöglichkeiten aus der GRW-Richtlinie, die Bereitstellung von Mikrokrediten sowie die Finanzierung über Mittel aus den europäischen Strukturfonds zu prüfen.
3. Die Anschubfinanzierung soll in Abstimmung mit den Kommunen auf Antrag erfolgen und die vielfältigen Formen einer künftigen Betreuung (Gewerbe, Genossenschaft, Verein, Projekt freier Träger o. a.) ermöglichen.

Begründung:

Mit dem AUS für die Schlecker-Filialen auch in Thüringen ist es notwendig, eine nachhaltige Perspektive für die Betroffenen, vor allem Frauen, darunter zahlreiche ältere Beschäftigte und Alleinerziehende zu finden und die weitere Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum zu verhindern. Die Landesregierung hat sich beim Bund für eine Transfergesellschaft für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten der Schlecker-Drogerien ausgesprochen. Das ist zu begrüßen, reicht aber nicht aus. Mit dem Antrag auf Anschubfinanzierung für ein so genanntes Dorfladenprogramm soll Einfluss genommen werden auf den Erhalt der vorhandenen Verkaufseinrichtungen auch unter dem Aspekt der Sicherung einer flächendeckenden Grundversorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum. Parallel hierzu soll den ehemals Schlecker-Beschäftigten die Option einer weiteren Tätigkeit eingeräumt werden. Ziele sollen sein die weitere Ausdünnung der Infrastruktur im Ländlichen Raum zu verhindern, den ehemals bei Schlecker beschäftigten Frauen eine neue Perspektive zu ermöglichen und für eine älter werdende Bevölkerung Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge und Kommunikation vor Ort zu erhalten.

Voraussetzung dafür ist, dass eine Anschubfinanzierung für Betriebskosten in einer Übergangsfrist, evtl. notwendige Investitionen sowie gegebenenfalls für Umlaufmittel zur Verfügung gestellt wird. In die Suche nach Lösungsmöglichkeiten sind die Gemeinden, die ehemaligen Be-

schäftigten und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzubeziehen. Es ist Eile geboten, damit funktionierende Versorgungsketten erhalten bleiben bzw. neue aufgebaut werden.

Für die Fraktion:

Ramelow